

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Kogler, Lichtenecker, Freundinnen und Freunde

betreffend grundlegende Reform des europäischen Finanzmarktes

eingebracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend „Höhere Steuern für Fässer ohne Boden?“

Begründung

Griechenland ist nach der Finanz- und Wirtschaftskrise durch das Aufdecken der jahrelangen Bilanzschönungen auch noch in eine Budgetkrise gestolpert. Die Risikoauflagen sind bereits so hoch, dass Griechenland für Staatsanleihen bis zu 16% Zinsen bezahlen muss. Die Zeit drängt. Am 19. Mai wird eine griechische Anleihe über 8,5 Mrd. Euro zur Rückzahlung fällig. An diesem Tag geht Griechenland das Geld aus. Nach der Verhandlungslösung vom 2. Mai bekommt Griechenland 110 Mrd. Euro für die kommenden 3 Jahre. Davon entfallen auf die Euro-Länder 80 Mrd. Euro. 30 Mrd. davon sind für das Jahr 2010 vorgesehen. Der Anteil Österreichs beläuft sich insgesamt auf 2,28 Mrd.

Um auch jene in die Pflicht zu nehmen, die an der griechischen Misere verdient haben, wäre ein wichtiger Bestandteil des Rettungspaketes allerdings eine Umschuldung inklusive Schuldenerlass zugunsten der Gläubiger gewesen. So hätten diese Gläubiger, also vor allem Banken und Finanzinstitute, für die hohen Zinsen der griechischen Staatsanleihen wenigstens teilweise auch das Risiko tragen müssen. Durch den Verzicht auf diese Umschuldung wurden vor allem den deutschen und französischen Banken letztlich hohe Erträge ohne Risiko gesichert.

Abgesehen von einer sinnvollen Griechenlandhilfe im engeren Sinne bedarf es darüber hinaus endlich einer grundlegenden Reform des Europäischen Finanzsektors und einer schlagkräftigen europäischen Finanzmarktaufsicht.

- Etablierung einer EU-weiten Finanzmarktaufsicht, die die Transparenz und Stabilität dieses Sektors befördert und auch dem Anlegerschutz verpflichtet ist
- Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer zur Verminderung des Volumens von spekulativen Finanztransaktionen
- EU-weite Genehmigungspflicht von Finanzprodukttypen durch die Aufsichtsbehörden
- Regulierung von Hedge- und Private-Equity Fonds, wie vom Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission gefordert
- Eindämmung von falschen Anreizsystemen für ManagerInnen
- Bewertung der Risiken durch unabhängige EU-weite Rating – Agenturen und Erstellung von entsprechenden Rahmenordnungen
- Stärkung des Verbraucherschutzes für AnlegerInnen

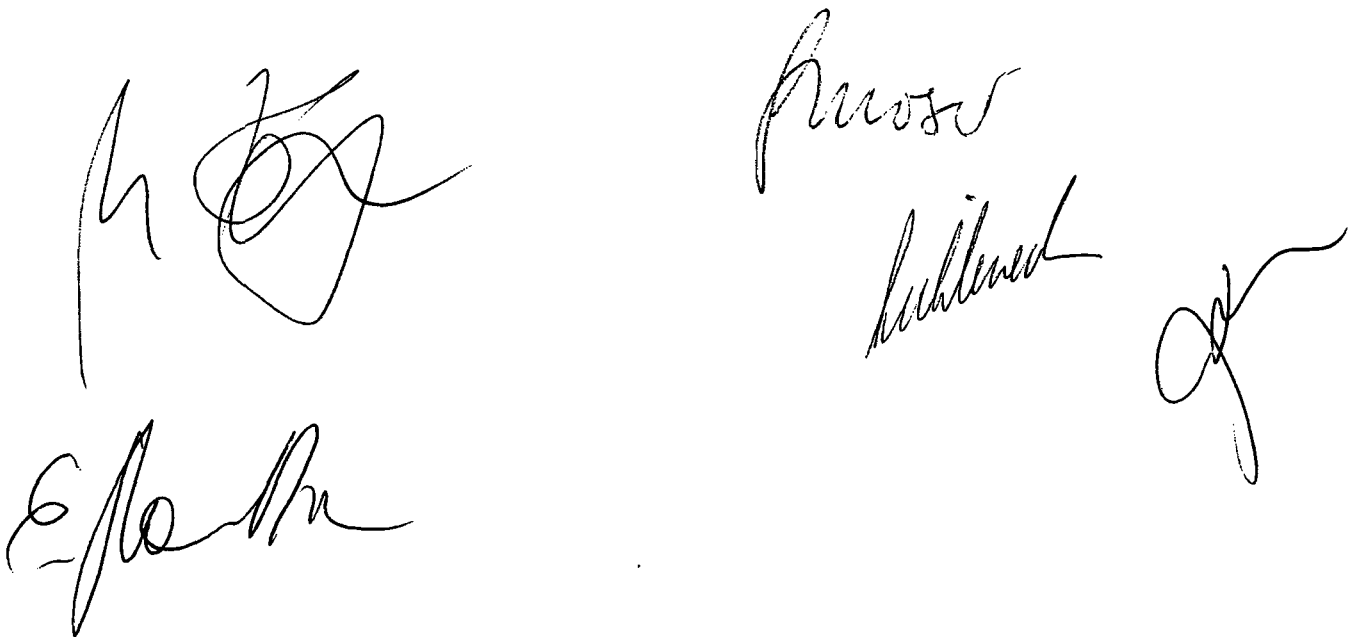
- Strengere Vorschriften zur höheren Eigenkapitalunterlegung für spekulative Geschäfte
- Erhöhung der Transparenz durch Konsolidierungspflicht für Sondergesellschaften u.ä. (Schließung von off-shore Steuer-, Kontroll- und Rechtsöasen)
- eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und Mindeststeuersätze bei der Körperschaftssteuer

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf EU-Ebene für eine grundlegende Reform des Finanzmarktes einzusetzen. Dabei sollen insbesondere eine EU-weite Finanztransaktionssteuer, eine schlagkräftige EU-Finanzmarktaufsicht, EU-weite Genehmigungspflichten für bestimmte Finanzprodukte, Schließung von Steueroasen, unabhängige Ratingagenturen und strengere Eigenkapitalunterlegungen für risikoreiche Geschäfte von Banken forciert werden.“

The image shows four handwritten signatures in black ink. The signatures are arranged in two rows. The top row contains two signatures, and the bottom row contains two. The signatures are stylized and cursive, typical of handwritten text in a formal document.